# APD INFORMATIONEN
## DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

JAHRESENDE 2019

36. JAHRGANG

ISSN 2699-4151

DEUTSCHLAND

FeG Verlautbarung: Verantwortlich reden und handeln ..... 2
Breites Bündnis zur Seenotrettung gegründet ..... 3
Adventisten: Brand verwüstet Nebengebäude des Josia-Zentrums in Isny ..... 5
Adventisten: Norddeutscher Verband protestiert gegen Verwarnung ..... 6
Von Spaltungen zur Versöhnungsgeschichte ..... 7

INTERNATIONAL

Rassistische Vorurteile - Adventisten in Nordeuropa entschuldigen sich ..... 9
USA: Religionsfreiheit stärken mit Gesetzesinitiative „Fairness for All" ..... 10

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Über 35.000 Pakete für bedürftige Kinder ..... 13
Albanien: Spendenaufruf für obdachlose Familien ..... 14
ADRA Vorstand neuer Vorsitzender des Aufsichtsorgans von „Aktion Deutschland hilft" ..... 15
USA: Kirchengemeinde verschenkt 150 Fahrräder zu Weihnachten ..... 16
Krankenhaus Waldfriede gehört zu den meistempfohlenen Kliniken in Berlin ..... 17

KULTUR

Pfadfinder bringen Friedenslicht nach Darmstadt ..... 19
Rund 2,4 Milliarden Christen feiern weltweit Weihnachten ..... 20

MEDIEN

Arbeitshilfe zur Situation der Christen in der Sahel-Region vorgestellt ..... 22
Holzwurm Fribo von HopeMedia gewinnt bei Sparda-Initiative ..... 24
REZENSION: Hannele Ottschowski, Mit am Tisch: Frauen in der Freikirsche der Siebenten-Tags-Adventisten ..... 25

Impressum ..... 27

# DEUTSCHLAND

## FeG Verlautbarung: Verantwortlich reden und handeln

**Verlautbarung Verantwortlich reden und handeln**
© Foto: FeG Deutschland

**Witten/APD In ihrer Dezembersitzung hat die Erweiterte Bundesleitung des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFeG) eine Verlautbarung beschlossen, die dazu aufruft, „angesichts zunehmender Verrohung in gesellschaftlichen Debatten und vor dem Hintergrund links- wie rechtsextremer Gewalt“, jedem Menschen mit Respekt zu begegnen, weil er nach Gottes Ebenbild geschaffen wurde.**

Die Bundesleitung ruft damit Personen, Gemeinden und die Öffentlichkeit zu verantwortlichem Reden auf, da durch Worte der Weg zu Handlungen bereitet werde. Gleichzeitig wendet sich die Verlautbarung gegen jegliche Gewalttätigkeit und Rede, die den anderen verunglimpft – insbesondere alle antisemitischen Haltungen, Reden und Aktionen. Diese könnten dazu führen, dass jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger wie auch Angehörige anderer Volksgruppen und Religionsgemeinschaften angegriffen werden, wie in Halle an der Saale im Oktober 2019 geschehen.

Einer verbalen Aufrüstung setzt die Leitung des Bundes der Freien evangelischen Gemeinden die von Gott geschenkte Liebe und Würde entgegen, welche jedem Menschen gelte, und die in der Botschaft der Advents- und Weihnachtszeit hell aufleuchte. Sie erinnere daran, dass durch das Kommen Jesu Christi ein „neues Verhältnis zwischen Gott und Menschen möglich geworden ist“. Die Bundesleitung wirbt in Erwartung der noch ausstehenden Wiederkunft Jesu für ein Leben, Reden und Handeln in Verantwortung vor Gott.

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, KdöR, gehört zu den Freikirchen. Gegründet wurde die erste Freie evangelische Gemeinde 1854 in Wuppertal. Der BFeG verfolge das Prinzip der Freiwilligkeitsgemeinde. Das bedeute: Mitgliedschaft aufgrund einer persönlichen Glaubensentscheidung, Mitverantwortung und Mitbestimmung aller sowie Taufe der Glaubenden. Gegenwärtig gehörten 500 Gemeinden mit rund 42.000 Mitgliedern zur Bundesgemeinschaft. Die Gemeinden finanzieren sich über Spenden und verzichten damit auf die Möglichkeit, Kirchensteuern zu erheben.

Die Verlautbarung „Verantwortlich reden und handeln“ im Wortlaut: http://bit.ly/FeG-Verlautbarung

# Breites Bündnis zur Seenotrettung gegründet

**Teilnehmer der Pressekonferenz (v.l.n.r.) Katharina Fegebank (2. Bürgermeisterin Hamburg), Heinrich Bedford-Strohm (EKD Vorsitzender), Leoluca Orlando (Bürgermeister Palermo), Michael Schwickart (stv. Vorsitzender „Gemeinsam Retten e.V.“)**
© Foto: Stephan G. Brass/APD

**Hamburg/APD Das Bündnis „united4rescue – Gemeinsam Retten e.V.“ wurde heute auf einer Pressekonferenz in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Vom Evangelischen Kirchentag im Juni dieses Jahres kam der Impuls, ein weiteres Schiff zur Seenotrettung ins Mittelmehr zu senden.**

**Evangelische Kirche übernimmt Initiative**
Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm wies darauf hin, dass die EKD den Impuls des Dortmunder Kirchentages: „Schickt selbst ein Schiff“ aufgegriffen und seither in den entsprechenden Gremien die Gründung eines Bündnisses vorangetrieben habe. Der Kirchenmann wörtlich: „Wir müssen mit Nachdruck diejenigen unterstützen, die anderen helfen, dass sie nicht ertrinken. Wir müssen Menschen retten, wenn sie in Gefahr sind.“ Der Beschluss in der Synode sei einstimmig gefallen.

Für den rheinischen Pastor Joachim Lenz, Sprecher des neugegründeten Vereins „united4rescue - Gemeinsam Retten e.V.“, sei es ein Weltrekord deutscher Gerichte, dass der Verein erst vor 3 Wochen gegründet wurde, dann die Gemeinnützigkeit bestätigt bekam und nun das Bündnis vorgestellt werden könne. Dem Verein könne man nicht beitreten, wohl aber dem Bündnis. Auf das Engagement der evangelischen Kirche angesprochen meint er: „Es kann kein Kirchenschiff sein, es braucht eine breite Basis.“

**Breites Bündnis gefordert**
Die Organisatoren des Aktionsbündnisses sind davon überzeugt, wie es in einer Meldung heißt, „dass jedes Leben in Seenot gerettet werden muss. Daher unterstützen wir die zivilen Seenotrettungsorganisationen, die dem Ertrinken nicht tatenlos zusehen, sondern da humanitär handeln und Menschenleben retten, wo staatliche Seenotrettung fehlt.“

Die 2. Bürgermeisterin der Hansestadt, Katharina Fegebank (Bündnis90/Die Grünen) verwies bei der Pressekonferenz auf die Tradition der Seenotrettung in Hamburg. Auch sei der internationale Seegerichtshof in Hamburg angesiedelt. „Es ist unser aller Pflicht, zu tun, was wir tun können." So seien in der Stadt bereits über 52.000 Geflüchtete aufgenommen und in Kita, Schulen und Arbeitsmarkt integriert worden. Hamburg gehöre seit Herbst letzten Jahres auch zum Bündnis „sicherer Hafen" – und sei bereit, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Etwa 120 sichere Häfen gebe es in Deutschland - Städte und Kommunen, die es Geflüchteten ermöglichten, auf sicherem und legalem Weg anzukommen. Es sei nicht länger tragbar, dass die Länder ohne die Zustimmung des Bundesinnenministers keine Geretteten aufnehmen könne.

**Wir können die Augen nicht verschließen**

Anwesend war auch der Bürgermeister der italienischen Hafenstadt Palermo. Sehr eindringlich beschrieb er die Sorge um die in Seenot geratenen Menschen. Seenotrettung sei ein Menschenrecht. „Es geht nicht um lieb sein – sondern um Recht." Es gebe auch keine Entschuldigung, dass wir nichts gewusst hätten. Es ginge nicht, wie bei unseren Großeltern, die von der Shoa nichts gewusst hätten. Alle wüssten Bescheid. Auch dürften wir die Augen vor den Zuständen in den lybischen Lagern nicht verschließen. „Es ist dort wie im Gefängnis und die europäischen Länder bezahlen das." So warb er darum, keine Angst vor den Geretteten zu haben, sondern vielmehr Sorge. Für die Diskussion sei er deshalb auch Gott dankbar. Und ein Schiff sei ein konkreter Beitrag zur Seenotrettung.

**Politischen Druck erhöhen**

Der stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins „Gemeinsam Retten e.V.", Michael Schwickart, zeigte sich sehr erfreut über den großen Zuspruch, den das Bündnis vor seiner Gründung erfahren hat. Heute, am 3. Dezember, sei der offizielle Startschuss für das Bündnis. Trotzdem sei er „wütend und sauer, wenn Politiker erst dann anfangen zu handeln, wenn Menschen leiden." Deshalb müsse der politische Druck dann aufgebaut werden, wenn die Menschen nicht in Not seien. Er forderte erneut die Verantwortlichen in der europäischen Gemeinschaft auf, das Recht auf Seenotrettung als Teil des Völkerrechts und das Recht auf Leben als Menschenrecht auch in der Praxis zu respektieren und an den Grenzen Europas wieder umzusetzen. Außerdem wendet sich United4Rescue gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung und fordert faire Asylverfahren für Menschen, die nach Europa fliehen. Und schließlich sollten jene Kommunen, die sich zu „Sicheren Häfen" erklärt haben, die rechtlichen Möglichkeiten erhalten, zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen.

**#wirschickeneinschiff.de**

Als erstes Projekt sieht das Bündnis ein zusätzliches Seenotrettungsschiff für den Einsatz im Mittelmeer vor. Die Kosten würden sich auf ca. 1 Million Euro belaufen. Es sollte um Ostern 2020 in den Einsatz gehen. Dafür würden nun weitere Bündnispartner und finanzielle Unterstützung gesucht. Das Projekt, so Schwickart auf Nachfrage, sei auf mindestens zwei Jahre angelegt. „Wir brauchen eine Botschaft: Zusammen sind wir stark!" Und weiter: „Sobald Europa Lösungen schafft, braucht es unseren Verein nicht mehr."

Neben Ärzte Ohne Grenzen, dem CVJM Deutschland, verschiedenen evangelischen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen beteiligen sich auch etliche Unternehmen und Hilfsorganisationen an dieser humanitären Initiative. Auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) ist beteiligt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland ist Gastmitglied im VEF.

# Adventisten: Brand verwüstet Nebengebäude des Josia-Zentrums in Isny

**Löscharbeiten beim Josia-Zentrum in Isny**
© Foto: Dominik Zehh/APD

**Isny/APD Am 1. Weihnachtstag (25.12.) verwüstete ein Brand aus ungeklärter Ursache Garage samt Holznebenbau des Josia-Zentrums der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Isny. Die schnell herbeigeeilte Feuerwehr verhinderte den Übergriff der Flammen auf weitere Gebäudeteile.**

Wenige Minuten nach 21 Uhr bemerkten Nachbarn am 1. Weihnachtstag das Feuer im Carport des Josia-Zentrums. Beim Eintreffen der Feuerwehr standen laut Einsatzbericht Werkstatt, Garage und Holznebenbau bereits im Vollbrand. Mehrere Trupps unter Atemschutz, im Innen- und Außenangriff hätten den Brand gelöscht und die umliegenden Gebäude geschützt. Das Feuer hätte jedoch bereits auf ein angrenzendes Gebäude übergegriffen, sodass der Dachstuhl mittels Drehleiter abgeräumt und abgelöscht werden musste.

Die Eigentümer der vom Josia-Zentrum angemieteten Immobilie, sind sehr dankbar für die gute Arbeit der Einsatzkräfte. Wegen der gut ausgearbeiteten und vorliegenden Brandschutzpläne hätte die Feuerwehr schnell und gut ihre Gerätschaften an den notwendigen Punkten ansetzen können. Allerdings zog sich der Einsatz bis in die frühen Morgenstunden hin. „Wir gehen nicht von Brandstiftung aus", so die Eigentümer. „Es ist zwar schlimm, dass es passiert ist, aber es ist auch sehr gut, dass nichts Größeres passiert ist."

Vierzehn Bewohner leben derzeit im Gebäude. Alle mussten vorübergehend das Gebäude verlassen und wurden von den Rettungskräften betreut. Im Feuerwehrhaus fand gerade eine Feier statt. So waren 40 Einsatzkräfte sehr schnell zur Stelle. „Wir waren komplett draußen“, so Isny’s Feuerwehrkommandant Martin Güttinger gegenüber der Schwäbischen Zeitung. Eine Feier der ehemaligen Studenten (Homecoming) kann sogar derzeit im Dachgeschoss des Hauptgebäudes stattfinden. Der auch in dem Gebäudekomplex untergebrachte Kirchenraum der Adventisten ist zwar unversehrt kann aber momentan nicht genutzt werden. Der Nebenraum ist stark beschädigt.

Das Josia-Zentrum besteht aus vier Organisationen: einer Gemeinschafts-Schule, einer Schule zur christlich missionarischen Ausbildung, einem christlichen Gemeinde-Zentrum und einem Förderverein. Die Gemeinschaftsschule ist eine christliche Privatschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Baden-Württemberg, wie auch die anderen Einrichtungen. Seit 13 Jahren gibt es das Josia-Zentrum.

# Adventisten: Norddeutscher Verband protestiert gegen Verwarnung

**Leitungsgremium des Norddeutschen Verbandes bei seiner Sitzung am 2. Dezember im Bergheim Mühlenrahmede**
© Foto: Stephan G. Brass/APD

**Bergheim Mühlenrahmede/APD In seiner turnusmäßigen Sitzung am 2. Dezember hat das Leitungsgremium der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Ostdeutschland (Norddeutscher Verband, NDV) gegen die vom Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung (GC-ExCom) ausgesprochene Verwarnung einstimmig Einspruch eingelegt. Gleichzeitig wurde eine Stellungnahme zur Verwarnung verabschiedet und an die Weltkirchenleitung weitergeleitet.**

Gemeinsam mit fünf anderen überregionalen adventistischen Kirchenleitungen wurde der NDV während der Jahressitzung (Annual Council) des Exekutivausschusses der Kirche in Silver Spring, Maryland/USA verwarnt (wir berichteten am 15.10.2019). Zugrunde lag der Vorwurf, der NDV hätte Maßnahmen ergriffen, die nicht in Übereinstimmung mit dem Regelwerk der Weltkirche (Working Policy, WP) stünden. Der NDV ordiniert seit 2016 keine Pastoren mehr für den weltweiten Dienst, sondern „segnet“ lediglich seine Angestellten für den pastoralen Dienst, unabhängig von ihrem Geschlecht. Diese „Segnung“, so der NDV Vorstand, stünde nicht im Gegensatz zur WP. Es gebe daher kein Mandat zur weltweiten Ordination, meint Pastor Johannes Naether, Präsident des NDV.

In dem Einspruch gegen die Verwarnung zeigen die Mitglieder des Verbandsausschusses das Verfahren, das zu der Verwarnung führte, selbst als Verstoß gegen die Verfahrensregeln an. Nach ihrer Auffassung etabliere die WP keine Rechtspflicht zur Ordination. So gebe es auch keinen Anspruch der Pastoren auf eine Ordination. Hintergrund ist eine Entscheidung der Weltkirche bei ihrer Weltsynode 2015 in San Antonio, Frauen nicht zum Pastorenamt zu ordinieren. Zuvor hatte aber der NDV bereits 2012 sich für die Frauenordination positioniert und 2016 die gegenwärtige Praxis beschlossen.

In ihrer Eingabe bringen die Mitglieder erneut zum Ausdruck, dass die Integrität des Pastorenamtes, des pastoralen Dienstes und der Kirche als Institution in der Gemeinde und der Öffentlichkeit in ihrem Gebiet am besten geschützt sei, wenn Pastoren und Pastorinnen gleich behandelt würden. Damit werde auch gleichzeitig die Anti-Diskriminierungs-Regelung der WP umgesetzt, auch wenn diese ausdrücklich nicht für

die Ordination gelten soll. Nach Auffassung des NDV erlaube diese Ausnahme allerdings nur die Diskriminierung in Fragen der Ordination, verbiete aber nicht die grundsätzliche Gleichbehandlung.

Auch die schwedische überregionale Kirchenleitung hat gegen ihre Verwarnung Einspruch erhoben. Auch sie sieht in der ausgesprochenen Verwarnung eine Verletzung des Regelwerks selbst und wendet sich dagegen, dass die vereinbarten Verfahren im Umgang mit vermeintlichen Regelverstößen nicht eingehalten wurden. Ein besonderer Kritikpunkt der Verwarnten wendet sich gegen die kurzfristige Ankündigung der Verwarnung von nicht einmal 24 Stunden, einer fehlenden Gelegenheit sich zu erklären, außer einer 4-minütigen Redezeit vor dem Plenum des Exekutivausschusses der Weltkirche und der nicht klar benannten Regelverstöße.

Für den Vorstand des NDV, so heißt es weiter in der Stellungnahme, sei der Vorstand der Weltkirche zu einem nicht mehr berechenbaren Gegenüber geworden. Das Vertrauen sei tief erschüttert und das Beschriebene für die gesamte Weltkirche alarmierend. Gleichzeitig wird in dem Dokument betont, dass der NDV „gern Teil der weltweiten Adventfamilie“ sei, die sich „in kultureller und theologischer Vielfalt“ präsentiere. Die Segnungspraxis nach den Regeln der WP würde der NDV bis auf Weiteres nicht ändern.

Die Stellungnahme des NDV ist hier nachzulesen:
https://www.adventisten.de/utility/dokumente-und-stellungnahmen/

# Von Spaltungen zur Versöhnungsgeschichte

**Vereinigung Evangelischer Freikirchen befasst sich mit Ökumene, ziviler Seenotrettung und Rundfunkarbeit**

**Dr. Verena Hammes, Dr. Reinhardt Schink, Ekkehart Vetter (v.l.)**
© Foto: Dr. Michael Gruber/VEF

**Bad Blankenburg/APD „Deutschland ist ein Land, von dem Spaltungen ausgingen, mit einer großartigen Versöhnungsgeschichte.“ Mit diesen Worten führte Dr. Verena Hammes bei der Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen**

**(VEF) in das Schwerpunktthema „Ökumene“ ein. Auch die zivile Seenotrettung im Mittelmeer stand bei der Konferenz Ende November im thüringischen Bad Blankenburg auf der Tagesordnung. So beschlossen die Delegierten, dass die VEF Bündnispartner von „United4Rescue“ wird.**

In ihrem Vortrag würdigte Hammes, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland, die breit angelegte Ökumene in Deutschland und beschrieb diese als „einzigartig“. Wenn man Ökumene ernstnehme, müsse man neben den großen Kirchen die ganze Vielfalt der Kirchenlandschaft in den Blick nehmen. Mit dem 1. Vorsitzenden der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) Ekkehart Vetter und deren Generalsekretär Dr. Reinhardt Schink waren auch zwei führende Vertreter der DEA zu Gast, in deren Tagungshaus die Mitgliederversammlung stattfand. Beide würdigten in ihrem gemeinsamen Vortrag die gute Zusammenarbeit mit der VEF. VEF-Präsident Christoph Stiba hob ein Thema hervor, das in den Vorträgen von Hammes, Schink und Vetter vorkam und das auch für die VEF von hoher Bedeutung sei: „Es ist wichtig, mit den Migrantenkirchen ins Gespräch zu kommen, die zur Ökumene in Deutschland dazugehören.“

**Seenotrettung**

Die VEF wurde auf Beschluss der Mitgliederversammlung offiziell Bündnispartner von „United4Rescue – Gemeinsam Retten e.V.“. Das Bündnis hat das Ziel, ein eigenes Rettungsschiff ins Mittelmeer zu schicken, um so Menschenleben zu retten. Der Verein hebt die „Pflicht zur Seenotrettung“ hervor, wendet sich gegen eine Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, setzt sich für faire Asylverfahren und sichere Häfen ein. „Menschen in Lebensgefahr muss geholfen werden“, so VEF-Präsident Christoph Stiba. „Wegschauen ist keine Option. Deshalb wollen wir jetzt gemeinsam ein Zeichen setzen und helfen, wo wir können.“

**Freikirchliche Rundfunkarbeit**

Die Mitgliederversammlung befasste sich auch mit der Zukunft der freikirchlichen Rundfunkarbeit. Andrea Schneider, seit 1996 Rundfunkbeauftragte der VEF, geht Mitte 2020 in den Ruhestand. Nachdem der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden diese Stelle bisher allein finanziert hat, werden die VEF-Kirchen dies ab 1. Juli 2020 gemeinsam tun. Der ehrenamtliche Vorsitzende der VEF-Arbeitsgruppe „Rundfunk und Fernsehen“, Jürgen Single, zeigte auf, welche großen Chancen es für die Freikirchen mit sich bringe, über Rundfunkgottesdienste und -andachten viele Menschen zur erreichen.

**VEF**

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und drei Gastkirchen, darunter auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, an. Verschiedene Arbeitsgruppen der VEF befassen sich mit Themen wie Evangelisation und missionarischem Gemeindeaufbau, gesellschaftlicher Verantwortung, Rundfunkarbeit, Angeboten für Kinder und Jugendliche oder theologischer Aus- und Weiterbildung. Weitere Informationen: www.vef.de

# INTERNATIONAL

## Rassistische Vorurteile - Adventisten in Nordeuropa entschuldigen sich

**Pastor Raafat Kamal, Kirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Südosteuropa**
© Foto: TED News Network

**St. Albans/England/APD Die teilkontinentale Kirchenleitung der Adventisten in Nord- und Südosteuropa (Transeuropäische Division / TED) hat sich am 16. Dezember, anlässlich des 90. Jahrestages ihrer Gründung, für rassistische Vorurteile und entsprechende Handlungen in der Vergangenheit entschuldigt.**

Die ursprünglich von einer vorwiegend auf den skandinavischen Ländern und britischen Inseln basierenden kirchlichen Organisationseinheit hat sich die Transeuropäische Division (TED) zu einer Einheit entwickelt, die inzwischen 22 Länder in Mittel- und Südosteuropa umfasst und zu der für einige Jahrzehnte auch spezifische Missionen in Westafrika, Pakistan und im Nahen Osten gehört haben. Damit sei die TED zu einer „hochgradig multikulturellen und vielfältigen Einheit gewachsen“, sagte Raafat Kamal, TED-Kirchenleiter. Diese große Vielfalt habe aber nicht zu einer großen Einheit oder viel Verständnis beigetragen.

In ihrer 90-jährigen Geschichte sei die Kirchenregion durch zwei Weltkriege gegangen, habe regionale Konflikte erlebt sowie Verfolgung in der kommunistischen Ära überstanden, was im Rückblick gebührend vermerkt worden sei. Es gebe aber auch andere Bereiche, „für die wir aufrichtiges Bedauern ausdrücken. Wir anerkennen, dass unbewusste Voreingenommenheit, Unwissenheit, Vorurteile, Ängste, Ressentiments und Verdächtigungen die Kirche beeinflusst haben, insbesondere innerhalb der überregionalen Kirchenleitung in Großbritannien“ (Britisch Union Conference / BUC). Obwohl die Geschichte nicht neu geschrieben werden könne, „anerkennen wir als Leiter der Transeuropäischen Division, dass Handlungen unternommen wurden, die nicht im Einklang mit dem Ideal Gottes standen. Wir entschuldigen uns für die Versäumnisse der Kirche in dieser Hinsicht“.

Kamal zitierte die Kirchenmitbegründerin, Ellen G. White, die 1900 zur Rassenfrage in den USA geschrieben hatte: „Wenn die Liebe Christi im Herzen gehegt wird, wie es sein sollte ... wird es keine Kaste, keinen Nationalstolz geben; die Hautfarbe wird keinen Unterschied machen."
Obwohl die Entschuldigung von Herzen komme, „erkennen wir, dass eine Entschuldigung nicht ausreicht. Wir müssen energisch und bewusst daran arbeiten, alle Spuren von Vorurteilen und Intoleranz, die weiterhin bestehen, auszuräumen", so Raafat Kamal. Gemeinsam mit der TED-Kirchenleitung sowie den Kirchenleitungen in den einzelnen Ländern würden in den nächsten fünf Jahren die Richtlinien überprüft, um Führungs- und Entscheidungsprozesse zu verbessern.

Mehr zur Transeuropäischen Division der Siebenten-Tags-Adventisten: https://ted.adventist.org/

# USA: Religionsfreiheit stärken mit Gesetzesinitiative „Fairness for All"

**Ankündigung der Gesetzesvorlage „Fairness for All" (FFA) auf dem Kapitolshügel in Washington D.C./USA**
© Foto: Dan Weber/NAD

**Washington, D.C./USA/APD An einer Medienkonferenz Anfang Dezember auf dem Capitol Hill in Washington D.C./USA, gab Chris Stewart, Mitglied des Repräsentantenhauses (Republikaner/Utah), die Einführung einer Gesetzesvorlage namens „Fairness for All" (FFA) bekannt. Die Gesetzesinitiative, die am 6. Dezember im Repräsentantenhaus eingebracht wurde, soll sicherstellen, dass die freie und offene Ausübung der Religion nicht untergraben wird, unabhängig von zukünftigen politischen Trends. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten nahm mit Rechtsanwälten der Abteilung Religionsfreiheit an der Medienkonferenz teil, um ihre Unterstützung für die Gesetzesvorlage zum Ausdruck zu bringen.**

Die Idee der Religionsfreiheit sei von den meisten in der US-Gesellschaft als ein rechtlich schützenswertes Anliegen betrachtet worden, schreibt der Nachrichtendienst *Adventist News Network* (ANN). Heute sei dieses Ideal, das „lange als grundlegendes Menschenrecht und zentraler Wert der Amerikanischen Republik verehrt wurde", umstritten und mit Kontroversen behaftet. In den letzten zwei Jahrzehnten sei es von einer der Ideen, denen die meisten zugestimmt hätten zu einer der polarisierendsten im öffentlichen Diskurs Amerikas geworden. Rechtliche Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Religionsfreiheit würden heute von „einem Schwert zur Diskriminierung anderer" bis „veraltet und unnötig" in der heutigen pluralistischen Gesellschaft bezeichnet.

Für Angehörige religiöser Minderheiten sei dieser seismische Wandel in der öffentlichen Haltung gegenüber den Anliegen der Religionsfreiheit unverkennbar und beunruhigend zugleich, so ANN. Die „Frontlinie dieses Kulturkrieges“ verlaufe im Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Religionsfreiheit und den Bürgerrechten der LGBTQ-Community. So würden Gläubige, die eine biblisch begründete, traditionelle Sichtweise von Ehe und Beziehungen aufrechterhalten würden, zunehmend als intolerant oder scheinheilig eingestuft.

Wenn sich das Gefüge der Gesellschaft verändere, habe dies Auswirkungen auf politische und rechtliche Bereiche und könne das Führen von religiösen Institutionen wie Kirchen, deren Schulen oder medizinischen Institutionen betreffen sowie deren Zweck und Anliegen beeinträchtigen, so ANN weiter.

**„Equality Act“ – ein einseitiger Ansatz**

Am 17. Mai 2019 wurde von einer großen Mehrheit des US-Repräsentantenhauses das Gleichstellungsgesetz mit der Bezeichnung „Equality Act“ verabschiedet. Es will die Diskriminierung von Personen beenden, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender (LGBT) definieren. Nach dem Bericht des Nachrichtendienstes gingen Vertreter der Religionsfreiheit davon aus, dass die zweite Kammer, der Senat, in der laufenden Legislaturperiode das Gleichstellungsgesetz nicht abschließend behandeln werde. Für sie sei der Entscheid im Repräsentantenhaus dennoch ein Weckruf gewesen. Zum ersten Mal sei damit im Parlament eine Bundesgesetzgebung verabschiedet worden, die den Schutz von LGBT-Personen erheblich ausweitet, ohne gleichzeitig auch entsprechende Schutzmaßnahmen für religiöse Organisationen und Glaubensgemeinschaften vorzusehen.

Der Ansatz des Gleichstellungsgesetzes sei nicht falsch, Belästigung und Diskriminierung gegenüber denen zu verhindern, die in vielen Bereichen des zivilen Lebens Feindseligkeiten ausgesetzt seien. Aber das Gleichstellungsgesetz sei in Bezug auf das problematisch, was es unterlasse, nämlich das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie der freien Religionsausübung anzuerkennen und zu schützen.

Mögliche Folgen sehen Vertreter der Religionsfreiheit nach einer Annahme des „Equality Acts“ durch den Senat hinsichtlich Anstellungsentscheidungen von Arbeitnehmern, Entzug von Akkreditierungen religiöser Schulen und Organisationen durch die Regierung oder Berufsverbände, Einschränkungen bei Organisationen der Sozial- und Katastrophenhilfe religiöser Institutionen.

**Kein entweder-oder, sondern sowohl-als-auch**

„Wir müssen nicht zwischen dem Schutz der Religionsfreiheit oder dem gleichberechtigten Schutz der Bürgerrechte für alle im öffentlichen Raum wählen“, so adventistische Vertreter der Religionsfreiheit. Diese beiden großen Ziele stünden nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzten sich.

Das Engagement für die Religionsfreiheit schließe weiterhin den Einsatz für die freie Religionsausübung ein, das Respektieren der Gewissen von Angestellten und Unternehmern sowie das Recht, die Kirche und deren Institutionen nach „unseren biblischen Werten und Überzeugungen“ zu verwalten.

**Gesetzesvorlage „Fairness For All“ (FFA)**

Die transkontinentale Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) und die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) haben laut ANN in den

letzten Jahren mit etlichen Gruppen an der Gesetzesvorlage „Fairness for All“ zusammengearbeitet. Diese wurde jetzt am 6. Dezember im US-Repräsentantenhaus eingebracht.

„Fairness For All“ will demnach religiösen Einzelpersonen und Gemeinschaften einen starken Schutz bieten, ihren Überzeugungen entsprechend zu leben und zu entscheiden. Gleichzeitig erweitert die Gesetzesvorlage den Schutz der Bürgerrechte von LGBT-Personen und anerkennt, dass sie in säkularen Arbeitsverhältnissen, beim Wohnen und vielen anderen geschützten Bereichen weder diskriminiert noch schikaniert werden dürfen.

„Fairness For All“ signalisiere aber „kein Umdenken der Kirche in Fragen der sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität“. Wenn dies der Fall wäre, würde sich die Kirche nicht für diese Gesetzesvorlage einsetzen, heißt es bei ANN. „Fairness for All“ habe eine doppelte Botschaft, die im Mittelpunkt dieser Gesetzesvorlage stehe: Wahrung der Religionsfreiheit und der Menschenwürde.

Der 70-seitige Gesetzesvorschlag schützt laut ANN im Wesentlichen folgende Bereiche der Religionsfreiheit: Religiöse Erziehung und Bildung; religiöse Arbeitgeber und Institutionen sowie deren Anstellungsbedingungen, religiöse Mitarbeitende erhalten am Arbeitsplatz den gleichen rechtlichen Schutz ihrer Anliegen wie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen; Schutz von Immobilien religiöser Organisationen vor Verwendung für Zwecke, die sie nicht gutheißen können; Schutz von Kleinunternehmern und medizinischen Einrichtungen, Dienstleistungen zu erbringen, die ihre religiösen Überzeugungen verletzen – dennoch sind medizinische Einrichtungen weiterhin verpflichtet, Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität zu behandeln; Schutz religiöser Sozial- und Katastrophenhilfeorganisationen (ADRA, ACS); Schutz vor Entzug der Steuerbefreiung von religiösen Organisationen vor Maßnahmen der Bundessteuerbehörde IRS aufgrund religiöser Überzeugungen und Praktiken.

**Starke Opposition von Menschenrechtsorganisationen**

Für Menschenrechtsorganisationen wie „American Civil Liberties Union“ (ACLU), „Americans United for Separation of Church and State»“ „Center for American Progress“ (CAP) und „Human Rights Campaign“ (HRC) ist die Gesetzesvorlage „Fairness For All“ eine Bedrohung der bestehenden Bürgerrechtsschutzmaßnahmen.

Laut „Human Rights Campaign” sei die Gesetzesvorlage sehr gefährlich, weil sie den bestehenden Schutz der Menschen aufgrund von Rasse, Geschlecht und Religion wieder in Frage stellen würde. „Gleichzeitig würde sie neue, problematische Bestimmungen einführen, die angeblich darauf abzielen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität mit weitreichenden Ausnahmen zu verbieten, wobei es sich im Wesentlichen um eine Lizenzierung der Diskriminierung von LGBTQ-Personen und Frauen handelt“, so „Human Rights Campaign“.

**Unterstützer der Gesetzesvorlage**

Die Initiative „Fairness For All” wird unter anderen unterstützt von: „1st Amendment Partnership“; „American Unity Fund“; „Council for Christian Colleges & Universities“; „Center for Public Justice“, „National Association of Evangelicals“; „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“ (Mormonen) und der „Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten“.

# SOZIALES & ENTWICKLUNG

## Über 35.000 Pakete für bedürftige Kinder

**„Aktion Kinder helfen Kindern!“ sammelt über 35.000 Pakete**
© Foto: ADRA Deutschland e.V.

**Weiterstadt bei Darmstadt/APD Seit zwanzig Jahren sammelt die *„Aktion Kinder helfen Kindern!“* von *ADRA Deutschland e.V.* Pakete für Kinderprojekte in Osteuropa. In diesem Jahr ist die Rekordsumme von 35.513 Paketen zusammengekommen. Jetzt ist der letzte LKW beladen und mit Spielsachen, Kleidung, Süßigkeiten und Schulbedarf auf die Reise geschickt worden.**

Zum 20. Jubiläum der Aktion konnte der Vorjahreswert noch einmal gesteigert werden, so eine Pressemeldung von *ADRA*. 2018 seien noch 34.901 Päckchen gesammelt und verschickt worden. 2019 sei die Anzahl sogar auf 35.513 Pakete gestiegen. Insgesamt seien Dank der großartigen Unterstützung mit hunderttausenden Päckchen in den zwei Jahrzehnten über 600.000 Kinder glücklich gemacht worden. „Wir danken allen Spenderinnen und Spendern sowie den unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die diesen Erfolg erst möglich gemacht haben“, so Anja Emrich, Koordinatorin der Sammlung. Jedes Paket stehe für ein Lächeln auf dem Gesicht eines Kindes.

Laut *ADRA* startete die diesjährige Spendenaktion am Weltkindertag (22.September) und endete am 24. November. Kinder in Deutschland sammeln und spenden für gleichaltrige Kinder, zeigen Mitgefühl und lernen viel über das Leben in anderen Teilen unseres Kontinentes. Was für Kinder hier oft nur Kleinigkeiten sind, bedeute für die beschenkten Kinder etwas ganz Besonderes. Deshalb diene die Aktion nicht nur als mildtätige Spende, sondern der Völkerverständigung der nächsten Generation. „Ganz besonders glücklich und dankbar sind wir angesichts der 2.815 Kinderpakete und über 500 Kisten mit Sachspenden wie Bettwäsche und Kleidung, die wir unter anderem an die Erdbebenopfer in Albanien schicken können“, sagt Emrich weiter. Ende November hatte ein Erdbeben der Stufe 6,4 den Balkan erschüttert.

Als die *„Aktion Kinder helfen Kindern!“* vor 20 Jahren als „Weihnachts-Spendenaktion“ startete, wusste niemand, wohin sich das Projekt entwickeln würde. Dank der unermüdlichen Mithilfe der Ehrenamtlichen und Mitarbeiter von *ADRA Deutschland e.V.* konnten in ganz Deutschland Pakete für Mädchen und Jungen in Osteuropa gesammelt werden.

Mehr zur *„Aktion Kinder helfen Kindern!“* https://kinder-helfen-kindern.org/

# Albanien: Spendenaufruf für obdachlose Familien

**Obdachlose Roma in Fushë-Kruja**
© Foto: ADRA Albanien

**Weiterstadt/APD Mit einem Spendenaufruf für obdachlose Familien wendet sich die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V. (ADRA) an die Bevölkerung. Albanien wurde vor zwei Wochen vom stärksten Erdbeben seit 1926 heimgesucht. ADRA bittet um Hilfe, um die betroffenen Menschen mit Notunterkünften und Lebensmitteln zu versorgen.**

Das Beben der Stärke 6,4 hatte den gesamten Balkan erschüttert. Nach offiziellen Angaben sind 51 Menschen ums Leben gekommen, weitere 2.000 Menschen sind verletzt. Nach Angaben der Regierung sind 4.000 Menschen obdachlos und 1.200 Gebäude unbewohnbar. Laut Geschäftsführer Christian Molke von *ADRA Deutschland* sei die Hilfsorganisation seit Jahren in Albanien aktiv und betreibe u.a. seit 2017 in der Region Fushë-Kruja, unweit des Epizentrums des Erdbebens, ein Bildungs- und Integrationsprojekt für Roma-Familien. Elf Familien aus dem Projekt wurden obdachlos und mussten die ersten Nächte im Freien verbringen. Insgesamt sind 43 Familien auf Unterstützung angewiesen.

So berichtet Molke von Tefta Osmani, einer 58-jährigen Roma-Frau und Mutter von 8 Kindern. Sie lebt in Fushë-Kruja. Durch das Erdbeben sei das Dach ihres Hauses zerstört, das Haus sei unbewohnbar und Tefta ohne Obdach. Wie viele andere Roma-Familien in dem betroffenen Gebiet schlief Tefta zwei Nächte lang vor ihrem Haus. Schon vor dem Erdbeben waren die Häuser der Roma in einem sehr schlechten Zustand. Doch hatten sie zumindest ein Dach über dem Kopf, das sie vor Wind und Wetter schützen konnte. Unmittelbar nach dem Beben habe *ADRA Albanien* Tefta und ihren Familienmitgliedern mit Kleidung, Lebensmittelpaketen, Matratzen und anderen Hilfsmitteln geholfen. Tefta sei überwältigt von der Hilfe und könne kaum in Worten ausdrücken, wie dankbar ihre Familie sei.

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungs-Organisation (International Nongovernmental Organization). ADRA Deutschland e.V. wurde 1987 gegründet und steht der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten nahe. Getreu dem Motto: "Gerechtigkeit | Mitgefühl | Liebe" arbeitet *ADRA Deutschland e.V.* als Mitglied eines weltweit föderativ

organisierten Netzwerkes mit über 130 nationalen Büros (Stand: 1. Januar 2018) partnerschaftlich daran, dass Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen dieser Erde überwunden werden kann.

# ADRA Vorstand neuer Vorsitzender des Aufsichtsorgans von „Aktion Deutschland hilft"

**(v.l.n.r) Vorsitzende von Aufsichtsorgan und Vorstand von „Aktion Deutschland Hilft" übergeben ihre Ämter symbolisch an ihre: Christian Molke (ADRA Deutschland), Ingo Radtke (Malteser International), Bernd Pastors (action medeor) und Edith Wallmeier (Arbeiter-Samariter-Bund)**
© Foto: Aktion Deutschland hilft/Kahlich

**Weiterstadt bei Darmstadt/APD Mit Christian Molke, Vorstand der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe *ADRA Deutschland e.V.*, wurde auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Katastrophenbündnisses *„Aktion Deutschland hilft"* ein neuer Vorsitzender des besonderen Aufsichtsorgans gewählt. Damit startet das Bündnis mit einem Generationswechsel ins neue Jahr.**

Seit 2001 arbeiten deutsche Hilfsorganisationen im Katastrophenbündnis „*Aktion Deutschland hilft*" zusammen, um im Fall einer humanitären Krise Kräfte zu bündeln und schnelle und zielgerichtete Hilfe zu leisten. *ADRA Deutschland* ist Gründungsmitglied. Der Vorstand und das besondere Aufsichtsorgan übernehmen wichtige Beratungs-, Beschluss- und Kontrollfunktionen.

Gemeinsam schneller helfen – unter diesem Motto werden im Katastrophenfall Hilfsmaßnahmen innerhalb der Mitgliedsorganisationen von „*Aktion Deutschland hilft*" koordiniert und effizient eingesetzt. Dadurch werden sowohl Überschneidungen von Maßnahmen als auch Versorgungslücken vermieden. Laut den Vereinten Nationen steigt die Zahl der humanitären Krisen und Konflikte weiter an. „Für 2020 rechnen wir mit fast 168 Millionen Menschen, die humanitäre Hilfe und Schutz brauchen werden. Das entspricht einem von 45 Menschen auf diesem Planeten. Das ist der höchste Stand seit Jahrzehnten", so UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock.

**Hilfsorganisationen stehen vor immer neuen Herausforderungen**
„Um diese bewältigen zu können, befindet sich das gesamte humanitäre System in einem massiven Wandel“, sagt Edith Wallmeier, die neu gewählte Vorstandsvorsitzende von „*Aktion Deutschland hilft*“. „Und es geht hierbei nicht nur um eine Sanierung des Systems: Der Aufgabenbereich für Nichtregierungsorganisationen muss erweitert werden und sie müssen sich zum Teil neu aufstellen. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in unserem Vorstand und dem besonderen Aufsichtsorgan fühlen wir uns dieser großen Aufgabe auch weiterhin gewachsen und werden als Bündnis deutscher Hilfsorganisationen die Zukunft der humanitären Hilfe mitgestalten“, fügt Wallmeier zu.

*Aktion Deutschland hilft* ist das 2001 gegründete Bündnis von 23 renommierten deutschen Hilfsorganisationen. Gemeinsam helfen sie Menschen, die durch große Katastrophen alles verloren haben. *ADRA* (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungs-Organisation. *ADRA Deutschland* wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland gegründet und gehört zu einem weltweiten Netzwerk mit über 130 nationalen ADRA-Büros.

# USA: Kirchengemeinde verschenkt 150 Fahrräder zu Weihnachten

**Fahrräder der Verschenkaktion in Moberly, MO/USA**
© Foto: Noah Brown/KRCG13

**Moberly, Missouri/USA/APD 150 Fahrräder verschenkte die Ortskirche der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Moberly im US-Bundesstaat Missouri am Wochenende vor Weihnachten. Die Aktion war Teil der Initiative „Touch 10k“ (Erreiche 10.000) der transkontinentalen Kirchenleitung der Adventisten in Nordamerika (NAD).**

Pastor Jody Dickhaut, seit einem Jahr Pastor der adventistischen Kirchengemeinde in der 14.000-Einwohner-Stadt Moberly, hörte von der Initiative, Fahrräder zu verschenken. Sofort nahm er Kontakt mit den örtlichen Mitarbeitern von Adventist Community Services (ACS) auf, um die Aktion zu organisieren. ACS entspricht dem deutschen Advent-Wohlfahrtswerk, das sich um die Belange von Bedürftigen vor Ort kümmert. In Rundfunk, Fernsehen und auf Handzetteln wurde bekannt gemacht, dass

am Sonntag, 22. Dezember Fahrräder verschenkt würden. „Wir wollten an diesem Weihnachtsfest einfach etwas Besonderes machen. Wir wollten einfach Freude schenken und weitergeben, was wir erhalten hatten, ohne irgendwelche Hintergedanken“, so Dickhaut über die Motive.

So gab es von der Kirchenleitung der Adventisten in Nordamerika einen Zuschuss für 70 Fahrräder. Der Kirchenrat jedoch entschied, sich auch zu beteiligen und durch einige finanzkräftige Sponsoren wurde die Anzahl der Fahrräder mehr als verdoppelt. Die Fahrräder wurden dann beim örtlichen Walmart-Einzelhändler in den unterschiedlichen Größen erworben.

Pro Familie gab es ein Fahrrad. Viele Kinder suchten sich ihre entsprechenden Größen aus. Ein Mann rief an und erkundigte sich, ob ihn jemand zu der Verschenkaktion abholen könne. Es stellte sich heraus, dass er zurzeit kein Fahrzeug hatte und keiner bezahlten Beschäftigung nachging. Voller Freude nahm er das Fahrrad als willkommenes Mittel der Fortbewegung in Empfang. Zum Ende der Aktion wurde es schwieriger, die passenden Fahrräder abzugeben. Aber auch hier zeigte sich Walmart bereit, sie gegen die passenden Räder umzutauschen.

Vandeon Griffin, assoziierter Jugendabteilungsleiter der NAD berichtet, dass diese Art von Aktionen schon eine ganze Weile durchgeführt werden. In Moberly sei es das erste Mal. An vielen anderen Orten im Land würden ebenfalls Geschenke gemacht, um Freude zu schenken. Alle Familien, die am vergangenen Sonntag kamen, hätten jeweils ein Fahrrad erhalten. Gegen 18 Uhr wären alle 150 Fahrräder verteilt gewesen, so Pastor Dickhaut.

# Krankenhaus Waldfriede gehört zu den meistempfohlenen Kliniken in Berlin

**(v.l.n.r.) Bernd Quoß (Vorstand), Dr. Florian Müller (Chefarzt Gynäkologie), Dr. Barbara Brückner (Chefärztin Brustzentrum), Dirk Bach (Tagesspiegel Chefredakteur Gesundheit)**
© Foto: Der Tagesspiegel

**Berlin/APD Laut einer aktuellen Umfrage des Tagesspiegels gehört das *Krankenhaus Waldfriede* zu den meistempfohlenen Kliniken Berlins. Sowohl die gynäkologische**

**Abteilung als auch das Brustkrebszentrum wurden ausgezeichnet. Das in der Trägerschaft der *Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten* geführte Krankenhaus ist bereits mehrfach als beste Klinik des Landes ausgezeichnet worden.**

Seit 2005 fragt *Der Tagesspiegel*, Berlins auflagenstärkste Tageszeitung, alle zwei Jahre die niedergelassenen Ärzte der Hauptstadt, an welche Kliniken sie ihre Patienten überweisen. Jetzt wurden die Ergebnisse der aktuellsten Umfrage veröffentlicht. Die aktuelle Ausgabe des Tagesspiegel-Klinikmagazins enthält die detaillierten Ergebnisse der neuesten Ärzteumfrage, Artikel ausgezeichneter Chefärzte über Therapien von mehr als 60 Krankheiten, Angaben über Klinikessen, Klinikhygiene und vieles mehr.

Wie der Tagesspiegel berichtet, fällt auf, dass manche Kliniken in einem Fachbereich für sämtliche abgefragten Krankheitsbilder am häufigsten empfohlen wurden. In den Bereichen gutartige und bösartige Tumore bei gynäkologischen Erkrankungen gehört die gynäkologische Abteilung des *Krankenhaus Waldfriede*, unter der Leitung des Chefarztes Dr. med. Florian Müller, zu den am meisten empfohlenen Kliniken.

Auch das Brustkrebszentrum des *Krankenhauses Waldfriede*, unter der Leitung der Chefärztin Dr. med. Barbara Brückner, findet diese hohe Anerkennung und wird bei dieser Krebsart von den niedergelassenen Ärzten für ihren Patientinnen am meisten empfohlen.

Krankenhausvorstand Bernd Quoß freut sich über die erneute Auszeichnung und verweist nicht ohne Stolz auf seine Mitarbeiter, die mit unter den 100 besten Ärzten Deutschlands zu finden sind. „In den letzten drei Jahren gehörten wir in Deutschlands größtem Krankenhausvergleich auch mit zu den TOP regionalen Krankenhäusern.“

Das Gesundheitsnetzwerk des Krankenhauses Waldfriede ist mittlerweile zum vielfältigsten Medizin- und Pflegeanbieter im Bezirk Steglitz-Zehlendorf geworden. Neben dem Krankenhaus Waldfriede, der Sozialstation und dem Gesundheitszentrum PrimaVita mit zugehörigem Schwimmbad gehören auch die Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege, die Privatklinik Nikolassee, die Servicegesellschaft Krankenhaus Waldfriede, das Desert-Flower-Center, das Seniorenhaus Waldfriede, eine ambulante Tagesklinik und künftig ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zur besseren ambulanten Versorgung zum Netzwerk. Damit gehört das "Netzwerk Waldfriede" auch zu den größten Arbeitgebern im Bezirk. Der Träger ist die weltweite evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Im April nächsten Jahres feiert das Krankenhaus sein 100-jähriges Bestehen.

# KULTUR

## Pfadfinder bringen Friedenslicht nach Darmstadt

**Friedenslicht aus Bethlehem**
© Foto: Foto: rdp / C. Schnaubelt

**Darmstadt/APD Seit Sonntag, dem 15. Dezember, ist das Friedenslicht auch in Darmstadt angekommen. Erneut haben die Christlichen Pfadfinderinnen und Pfadfinder der Adventjugend (CPA) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt das Friedenslicht in Empfang genommen und nach Darmstadt gebracht. Bis Weihnachten wird die Flamme von der Marienhöher Gruppe „Seelöwen“ gut gehütet, denn sie darf nicht ausgehen, und an Heiligabend in Darmstädter Weihnachtsgottesdiensten verteilt.**

„Darmstadt ist Friedensstadt. Und wir wollen mit dem Friedenslicht daran erinnern, dass Frieden ein aktiver Prozess ist, für den jeder etwas tun kann“, so Haiko Müller, Leiter der Marienhöher Pfadfinder. „Jeder kann mitmachten und das Friedenslicht weitergeben an Nachbarn, Freunde und genauso an Fremde als Symbol für gutes Miteinander und herzliche Wärme in unserer Stadt oder als Versöhnung nach einem Streit.“

Die Kerze wurde in Bethlehem, der Geburtsstadt Jesu Christi, entzündet und am dritten Advent von Pfadfindern mit Zügen von Wien aus in ganz Europa verteilt. Das Friedenslicht ist eine gemeinsame Aktion des Österreichischen Rundfunk (ORF) und verschiedener Pfadfinderverbände. Die Marienhöher Pfadfinder verteilen das Friedenslicht während der Weihnachtsgottesdienste am 24. Dezember in Darmstadt, sowohl um 16 Uhr im Gemeindezentrum der Adventgemeinde Darmstadt-Marienhöhe als auch um 16 Uhr im Ernst-Ludwig-Saal in Eberstadt bei der Feier „Coming HOME for Christmas“.

**3.000 Kilometer im Flugzeug**
Das Friedenslicht wurde am 26. November in der Geburtsgrotte Jesu in Bethlehem von einem elfjährigen Mädchen aus Österreich entzündet und in einem Spezialbehälter mit dem Flugzeug nach Österreich gebracht. Von dort aus wurde es am dritten Advent (15. Dezember), per Zug von Pfadfindern in ganz Europa verteilt. Die Marienhöher Pfadfinder fuhren am Sonntag nach Frankfurt am Main, um das Friedenslicht nach Darmstadt zu bringen.

„Wir wollen mit dem Friedenslicht ein Zeichen für Frieden setzen, für ein menschliches Miteinander über Grenzen hinweg – egal ob es Landesgrenzen oder Grenzen zwischen Menschen sind“, sagte Haiko Müller. Auf seinem Weg legt das Friedenslicht bis zu uns über viele Grenzen hinweg schon mehr als 3.000 Kilometer zurück. „Das Friedenslicht wird in allen europäischen Ländern und mittlerweile sogar in Nord- und Südamerika persönlich weitergegeben. Alleine das verbindet uns mit so vielen verschiedenen Menschen und schafft eine Gemeinsamkeit“, erläuterte Müller.

**Pfadfinder CPA-Marienhöhe**
Zu den CPA-Marienhöhe gehören rund 200 Pfadfinderinnen und Pfadfinder. Es gibt zehn Gruppen für Kinder und Jugendliche von 6–20 Jahren. Gruppenstunden finden 14-tägig sonntags statt. Außerdem gibt es Zeltlager, Lagerfeuer, Wandertouren, Geländespiele und anderes mehr. Weitere Informationen unter Telefon (06151) 7859951 oder auf www.cpa-marienhoehe.de. CPA ist der Pfadfinderverband der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Weitere Informationen zur Aktion Friedenslicht: http://www.friedenslicht.de

---

# Rund 2,4 Milliarden Christen feiern weltweit Weihnachten

**Weihnachtsdekoration**
© Foto: Rodion Kutsaev/unsplash

**Wien/Österreich/APD Rund 2,4 Milliarden Christen feiern laut der österreichisch, römisch-katholischen Presseagentur *Kathpress* am 24./25. Dezember und am 6./7. Januar (Ostkirchen) weltweit das Fest der Geburt Christi und damit nach ihrem Verständnis die Menschwerdung Gottes. Rund 1,3 Milliarden Katholiken sowie Anglikaner, Protestanten und einige Orthodoxe sind am 24. Dezember in dieser Feier vereint. Russen, Serben, Kopten, Äthiopier und Armenier feiern hingegen nach dem Julianischen Kalender erst am 6. Januar.**

Das Weihnachtsfest am Heilig Abend (24. Dezember) ist die nach altem kirchlichem Brauch übliche "Vor-Feier" (Vigil) eines Hochfestes. Der Tag nach Weihnachten - 26. Dezember - wird bei den Katholiken als Hochfest des Hl. Stephanus begangen. Auch die evangelisch-lutherische Liturgieordnung sieht die Feier des Stephanitags am 26. Dezember vor. In der griechisch-orthodoxen Kirche wird der Stephanitag am 27. Dezember gefeiert.

Für erste Christen war die Feier des Geburtsfestes Christi unbedeutend. Als Ort für die Geburt Jesu nennt das Lukasevangelium Bethlehem bzw. dessen Umgebung. Der historisch exakte Tag der Geburt Jesu ist jedoch unbekannt, da für die ersten Christengenerationen die historisch genaue Definition dieses Tages unbedeutend war. Als historisch gesichert gilt eine Feier des Geburtsfestes Jesu am 25. Dezember des Jahres 336 in der römischen Stadtliturgie. Von Rom aus verbreitete sich das Weihnachtsfest in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts rasch nach Nordafrika, Oberitalien, Spanien und in den Orient. Es entwickelte sich neben Ostern zum beliebtesten christlichen Fest.

**Historiker uneinig, warum der 25. Dezember als Geburtsdatum gewählt wurde**
Die Frage, warum ausgerechnet der 25. Dezember als Weihnachtsdatum gewählt wurde, löst laut *Kathpress* unter Fachleuten Diskussionen aus. Einige Historiker gehen davon aus, die Kirche habe den Termin bewusst gewählt, um das von den römischen Kaisern 274 eingeführte heidnische „Geburtsfest des unbesiegbaren Sonnengottes" („Sol Invictus") neu zu deuten. Dabei wurde zunächst gleichzeitig das Fest der Anbetung der Weisen begangen, das später auf den 6. Januar verlegt wurde.

Eine zweite Theorie meint, dass christliche Theologen schon im 3. Jahrhundert den im Evangelium nicht genannten Geburtstag Christi am 25. Dezember berechneten, weil man nach der Tradition vom 25. März als Tag seiner Empfängnis ausging.

Die deutsche Bezeichnung „Weihnachten" ist erst seit dem 12. Jahrhundert belegt; die Zusammensetzung enthält das untergegangene mittelhochdeutsche Adjektiv „wich" mit der Bedeutung „heilig" und geht zurück auf die Zeitbestimmung „zewihen nahten", was „in den heiligen Nächten" bedeutet, so *Kathpress*.

# MEDIEN

## Arbeitshilfe zur Situation der Christen in der Sahel-Region vorgestellt

**Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen**
© Plakat: Deutsche Bischofskonferenz

**Berlin/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz hat in Berlin eine Arbeitshilfe zur Situation der Christen in der Sahel-Region vorgestellt. Die Veröffentlichung ist Teil der „Initiative Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit", deren jährlicher Höhepunkt der Gebetstag der katholischen Kirche am 26. Dezember ist.**

**Frieden zwischen Christen und Muslimen im Tschad von zentraler Bedeutung**
Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, erklärte: „Während meines Besuchs im Tschad im Juni dieses Jahres wurde mir die Vielschichtigkeit der Herausforderungen in der Sahel-Region aufgezeigt. Christen und Muslime haben dort traditionell harmonisch zusammengelebt. Dieses gute Miteinander ist durch die Entwicklung der vergangenen Jahre in Gefahr geraten. Die islamistische Terrororganisation Boko Haram destabilisiert die Region immer wieder durch massive Terroranschläge. Die brutale Gewalt richtet sich auch und bevorzugt gegen Kirchen und Vertreter von Religionsgemeinschaften. Dazu kommt eine starke und wachsende Einflussnahme Saudi-Arabiens. In erheblichem Maße hat die Förderung des radikal-wahhabitischen Islam in der Region zu Spannungen zwischen Christen und Muslimen geführt." In der Folge würden auch soziale Konflikte, wie die Auseinandersetzung zwischen nomadischen Viehzüchtern und sesshaften Bauern, in gefährlicher Weise religiös aufgeladen. Der Frieden zwischen Christen und Muslimen stelle somit eine zentrale Voraussetzung für die zukunftsorientierte Entwicklung der Region dar.

**Ortskirchen in der Sahel-Region als Vermittler und Friedenstifter**
Im Pressegespräch in Berlin hob Erzbischof Schick weitere Schwierigkeiten hervor, denen die Christen im Tschad gegenüberstünden: „Im Land leben circa 120 ethnische Gruppen. Der trockene Norden wird mehrheitlich von nomadischen, muslimisch-

arabisch geprägten Gruppen dominiert, während im fruchtbaren Süden sesshafte, afrikanisch-christliche Bauern leben. Insgesamt seien 58 Prozent der Gesamtbevölkerung Muslime und 35 Prozent Christen, darunter 18,5 Prozent Katholiken. Insbesondere seit Einführung der IV. Republik am 4. Mai 2018, durch die faktisch die uneingeschränkte Macht des Präsidenten festgeschrieben wurde, hat sich das Verhältnis unter den Religionsgemeinschaften verschlechtert. Grund dafür sind zunehmende Verstöße gegen das laizistische Prinzip zugunsten des Islam." Erzbischof Schick unterstrich zugleich, dass die Ortskirchen in der gesamten Sahel-Region gerade im Angesicht der sozialen und politischen Herausforderungen als Vermittler zwischen den Religionen, Friedenstifter und Motoren einer ganzheitlichen Entwicklung den Menschen dienten.

**Moscheen vermehren sich im Süden des Tschad „wie Champignons"**

Auch der aus dem Tschad zur Vorstellung der Arbeitshilfe angereiste Erzbischof von N'Djamena, Edmond Djitangar, verwies in seinem Beitrag auf die voranschreitende Islamisierung und Arabisierung des Tschad: „Man kann es mit zwei Metaphern zusammenfassen: Im Norden werden zaghaft Kapellen gebaut und im Süden vermehren sich Moscheen wie Champignons, dank der massiven finanziellen Unterstützung der Länder am Persischen Golf." Im Angesicht dieser Herausforderung forderte Erzbischof Djitangar: „Die (katholische) Kirche im Tschad muss ihre Identität als Kirchenfamilie Gottes verwirklichen, solidarisch sein mit anderen Konfessionen und sich stets um die ganzheitliche Entwicklung der menschlichen Person bemühen." Dabei komme gerade in ländlichen Regionen den kirchlichen Strukturen eine besondere Rolle zu: „Es ist dringend notwendig, eine neue Form der Solidarität unter Muslimen und Christen in den Gemeinden und Pfarreien zu schaffen. Denn die Pfarrei bleibt das Dorf aller und das Leben der Gemeinschaft ist von ihren Aktivitäten und Projekten abhängig", so Erzbischof Djitangar.

**Eine würdevolle Heimat für Christen aller Konfessionen**

Der Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks *missio* in Aachen, Pfarrer Dirk Bingener, würdigte die interreligiösen Friedensaktivitäten der Kirche im Tschad am Beispiel des Kulturzentrums „Al-Mouna" in N'Djamena. Was im Zentrum „Al-Mouna" umgesetzt werde, entspreche der tiefen Überzeugung von *missio*: „Nur gemeinsam können Angehörige aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für eine Verteidigung der menschlichen Würde und für grundlegende Freiheitsrechte der Menschen eintreten. Die Bedeutung von Dialog und Verständigung für die Ausweitung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit greift auch die aktuelle Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz auf." Pfarrer Bingener bekräftigte: Christen aller Konfessionen sollten in den verschiedenen Ländern eine geeignete und würdevolle Heimat finden, eine Heimat, in der sie ihren Glauben in Freiheit leben könnten – ohne Angst vor Unterdrückung oder gar Verfolgung.

**Arbeitshilfe und Initiative**

Die Arbeitshilfe „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit – Sahel-Region" gibt einen Überblick über die Situation der Christen in der Sahel-Region, insbesondere im Tschad. Sie erläutert aktuelle Konfliktlinien in den Gesellschaften, analysiert die Hintergründe und lässt Mitglieder der Kirchen vor Ort zu Wort kommen.

Die Arbeitshilfe kann unter https://www.dbk-shop.de/de/solidaritaet-verfolgten-bedraengten-christen-unserer-zeit-sahel-region bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Die „Initiative Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ wurde von den römisch-katholischen deutschen Bischöfen 2003 ins Leben gerufen, um für die Lage bedrohter Christen zu sensibilisieren. Zusätzlich pflegen die Bischöfe mit Solidaritätsreisen den Kontakt zu den unter Druck stehenden Ortskirchen. In Deutschland sucht die Bischofskonferenz auch immer wieder das Gespräch mit Politikern und gesellschaftlichen Akteuren, um auf bedrohliche Entwicklungen hinzuweisen. Jährlicher Höhepunkt der Initiative ist der „Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen“ am 26. Dezember (Stephanustag), der in allen deutschen katholischen Diözesen begangen wird. Die Deutsche Bischofskonferenz ist ein Zusammenschluss der römisch-katholischen Bischöfe aller (Erz-)Bistümer in Deutschland.

# Holzwurm Fribo von HopeMedia gewinnt bei Sparda-Initiative

**Holzwurm Fribo aus der TV-Serie Fribo’s Dachboden**
© Foto: Thomas Vollmer/HopeTV

**Alsbach-Hähnlein/APD Der aus der Kindersendung bei HopeTV bekannte Holzwurm Fribo hat bei der Initiative der Sparda-Bank „Vereint für deinen Verein!“ den mit 3.000 Euro dotierten 1. Platz gewonnen. Um das Ehrenamt und die gemeinnützige Vereinsarbeit in Hessen zu fördern, hatte die Sparda-Bank Hessen die Initiative ins Leben gerufen, bei der insgesamt 30 Vereinsprojekte mit je 3.000 Euro aus Mitteln des „Gewinn-Sparvereins bei der Sparda-Bank Hessen e. V.“ unterstützt werden.**

2019 bewarben sich insgesamt 227 Vereine aus ganz Hessen auf www.sparda-vereint.de und mobilisierten ihre Unterstützer, die mehr als 300.000 Stimmen im anschließenden Online-Voting abgaben. Die 30 Vereine mit den meisten Stimmen freuen sich jetzt über 3.000 Euro mehr in ihrer Vereinskasse – unter ihnen auch Hope Media.

Mit ihrem Projekt „FRIBO-TAG“ konnten die Mitglieder viele Menschen für sich

gewinnen und mit 4.654 Stimmen den 1. Platz in ihrer Themenkategorie „Umwelt und Klimaschutz“ belegen. „Fribo ist sehr stolz auf die Auszeichnung zum Klimaschutz. Vier Wochen lang hat unser Holzwurm alle seine Freunde und Förderer, Bekannte, Verwandte und Kollegen zum Abstimmen motiviert – und vereint gewonnen. Mit der 3.000-Euro-Spende werden wir Bäume auf dem Campus des Schulzentrums Marienhöhe in Darmstadt-Eberstadt pflanzen und den Restbetrag für Fribos zehnjährigen Geburtstag verwenden“, sagt Marc Naumann, Leiter Neuentwicklung & Kooperationen bei Hope Media.

Mehr zur Initiative auf: sparda-vereint.de

Holzwurm Fribo sagt Danke auf YouTube:
https://www.youtube.com/watch?v=Igvm7I6lR20

# REZENSION

## Hannele Ottschofski, *Mit am Tisch: Frauen in der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.*

**Verlag: Independently published, 2019, 169 Seiten, Taschenbuch 9,52 €**
**Kindle 4,50 €**

**ISBN-10: 1096263343**
**ISBN-13: 978-1096263340**

Einmischen, Mitmischen, Aufmischen – es ist an der Zeit, die Geschlechterdiskriminierung der Freikirche zu beenden, so der Tenor des Buches „Mit am Tisch“ von Hannele Ottschofski. Nach diversen Andachtsbüchern speziell für Frauen und ihrer Autobiographie zeigt die Autorin in ihrem neuesten Buch Mut, sich unbequemen Themen zu stellen. Frauen sein nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichberechtigt und somit zur Partizipation in jeglicher Hinsicht berechtigt. Sie sollten mit am Tisch sitzen und gleichberechtigt Entscheidungen treffen, gerade wenn es um ihre eigene Berufung geht.

**Thema mit Geschichte**
Seit über 50 Jahren diskutiert die weltweite Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten über die Ordination der Frau. In jüngster Zeit hat kaum ein Thema die Freikirche so gespalten wie die Frage der Ordination von Frauen zum Predigtamt. Doch es war nicht immer so. In den Anfängen der Bewegung spielten die Frauen eine bedeutende Rolle in der Entstehung der Freikirche, standen sie doch „ihren Mann“ auch in Führungspositionen, wie der Schatzmeisterei und der Mission. Ottschofski führt aus, dass einige Frauen Predigerbeglaubigungen erhielten, ebenso wie Ellen White selbst, die sich stets für die Belange von Frauen einsetzte, ohne aber dabei zu polarisieren. Durch geschichtliche Entwicklungen seien die Frauen jedoch langsam aus ihren Positionen verdrängt und durch ordinierte Männer ersetzt worden.

**Inhaltsüberblick**
In elf Kapiteln wird das Thema dargestellt. Dabei argumentiert Ottschofski biblisch, geschichtlich, kirchengeschichtlich und praktisch. Auch die Geschichte der Entwicklung der Frauenabteilung der Freikirche mit ihren Aufgaben wird ausführlich dargestellt. Ein weiteres Kapitel ist dem konfliktreichen Kampf um die gleiche Entlohnung gewidmet, der erst 1982 gerichtlich entschieden wurde. Im letzten persönlichen Kapitel bedauert die Autorin, dass trotz ihres Engagements für die Gleichstellung ihr eigenes Leben an Gleichberechtigung vermissen ließ und reflektiert die Feminismus-Frage in kirchlichen Zusammenhängen. Das Buch schließt mit einer ausführlichen, wenn auch nicht vollständigen, Aufzählung von bedeutenden Frauen innerhalb der Freikirche in Geschichte und Gegenwart.

**Begeisterung und Tadel**
Das Buch ist keine sachlich-theoretische Abhandlung, sondern fällt durch den leidenschaftlichen Stil und die persönliche Betroffenheit auf. Ottschofski tritt dabei kämpferisch auf und ist der Meinung: „Frauen haben immer kämpfen müssen, um zu ihren Rechten zu kommen“ (S. 80). Sie hält auch mit ihrer persönlichen Meinung und scharfer Kritik nicht zurück. So wird Gemeindegliedern eine Jenseitsorientierung und mangelnder Aktionismus vorgeworfen und der Kirchenleitung ein Festhalten an überkommenen Traditionen und Machtstrukturen. Auch der aktuelle Präsident der Generalkonferenz wird für seine mangelnde Dialogbereitschaft anhand eines aktuellen Beispiels kritisiert.

Eine gute Recherche, interessante Einzelheiten und klare Einsichten in die aktuelle, nationale wie internationale Kirchenpolitik machen das Buch lesenswert. Wer jedoch eine ausgewogene Darstellung erwartet, der sei auf andere Literatur zum Thema verwiesen. Dieses Buch liest sich als Kampfansage für Gerechtigkeit und Veränderung in dieser Zeit. Ottschofski ist dabei überzeugt: „Frauen brauchen nicht bessere Männer zu sein, sondern dürfen… ganz Frau sein“ (S. 51), um eben die Konkurrenz der Geschlechter nicht zu befeuern, sondern zu befrieden.

Hannele Ottschofski, in Finnland geboren, studierte Lehramt, ehe sie sich ganz der Familie und ihren vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben widmete. Sie lebte gemeinsam mit ihrem Mann eine Zeitlang als Missionarsehepaar in der Zentralafrikanischen Republik. Heute lebt sie in Hechingen bei Tübingen und engagiert sich im kreativen, schriftstellerischen, medialen und musikalischen Bereich.

*Claudia Mohr*

# IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

| | |
|---|---|
| Herausgeber: | Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland KdöR<br>Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein |
| Redaktion: | APD-Zentralredaktion Deutschland<br>Postfach 4260, 73745 Ostfildern<br>Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern<br>Telefon 0511 97177-114, Telefax 0711-44819-60,<br>E-Mail: info@apd.info<br>Stephan Brass (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend),<br>Jens-Oliver Mohr, Claudia Mohr |
| Erscheinungsweise: | monatlich |
| Redaktionelle Zusammenarbeit: | APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel<br>Telefon +41-79-225 95 11<br>E-Mail: APD-CH@apd.info<br>Herbert Bodenmann (verantwortlich)<br><br>Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA<br>Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312<br>E-Mail: costaw@gc.adventist.org<br>Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)<br><br>„Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg<br>Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502<br>E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de<br>Thomas Lobitz (verantwortlich) |
| APD-INFORMATIONEN online: | www.apd.info |
| Facebook: | APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland |
| Twitter: | @apd_info |

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 21 Millionen erwachsene Mitglieder in mehr als 200 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 555 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.